

Strategischer Rückzug Der geplante Flughafen-Neubau im Bundesstaat Mexiko wurde gestoppt

jk/ZAPAPRES, Hamburg. 10.08.2002

Es war eine brutale Polizeiaktion, die den Anfang vom Ende der Flughafen-Neubau-Pläne einläutete. Wir hörten es bereits im vorausgegangenen Chronologiebeitrag: Am 11. Juli dieses Jahres gingen 1000 Mann verschiedener Polizeieinheiten gegen wenige hundert friedlich demonstrierende Bewohner des Ejidos San Salvador Atenco vor.

Die Bilanz des Polizeiterrors: Dutzende Verhaftete und ebenso viele, teils schwer Verletzte. Die Situation spitzte sich mit der Geiselnahme von Regierungsbeamten zu. Der Gouverneur des Bundesstaates forderte das Eingreifen der Bundesbehörden und weigerte sich die am 11. Juli Festgenommenen gegen die von den Ejido-Bauern festgehaltenen Beamten *auszutauschen*.

Die Bundesregierung unter dem Präsidenten Fox, dem ersten Präsidenten, der aus der eher rechten bis zum Jahre 2000 als Oppositionspartei agierenden PAN, der Partei der Nationalen Aktion stammt, weigerte sich jedoch, auf die Forderung nach Eingreifen einzugehen, die vom Gouverneur *Arturo Montiel*, der aus den Reihen der jahrzehntlang herrschenden Staatspartei PRI kommt, erhoben worden war.

Unklar ist bisher, ob sich dieses Nicht-Eingreifen, das im umgekehrten Fall zu einem Blutbad hätte führen können, auf Einsicht in und Kenntnis friedlicher Konfliktlösungsstrategien gründete oder eher parteilichen Überlegungen folgte, nach dem Motto: „*Warum sollen wir für einen PRI-Gouverneur, dessen repressives Verhalten und Vorgehen die Situation in den vergangenen Monaten zugespitzt hatte, die Kastanien aus dem Feuer holen?*“

Insider-Informationen zu Folge, soll es ein ehemaliger Unternehmerfreund des Präsidenten gewesen sein, der Fox auf eine der *Alternativen* zum Flughafen-Neubau hinwies: Den Ausbau des bisherigen internationalen Flughafens von Mexiko-Stadt, wie die Stadtregierung der Hauptstadt vorgeschlagen hatte. Doch da die Hauptstadt von der Partei der demokratischen Revolution – PRD – regiert wird, bekam der Vorschlag – so die Gerüchte – erst dadurch Gewicht, dass Juan Sánchez Navarro, der – wie Fox – aus dem mexikanischen Unternehmerlager stammt, angesichts der scheinbar auswegslosen Situation in Texcoco, dem geplanten neuen Flughafen-Standort, diese Alternative zu diesem politisch äußerst angespannten Zeitpunkt in die Diskussion einbrachte.

Am Montag, dem 15. Juli, erklärte Fox in einem Interview mit der CNN, dass es eine Alternative gäbe. Diese noch äußerst vage Position wurde vom Unterstaatssekretär im Innenministerium mit dem Argument untermauert, dass die Regierung keinem Projekt zustimmen könne, dessen Realisierung nur mit permanentem Polizeischutz möglich wäre.

Doch noch war das Enteignungsdekret des mexikanischen Präsidenten nicht vom Tisch, mit dem die Auseinandersetzung um den Flughafen-Neubau in Texcoco im Herbst letzten Jahres begonnen hatte.

Möglich ist, dass der Tod von José Enrique Espinoza Juárez, der am 11. Juli von der Polizei schwer verletzt worden war, den entscheidenden Ausschlag gab. Sensibilisiert durch die parallel zu diesen Ereignissen laufenden politischen Anhörungen und Vernehmungen des früheren Präsidenten Echeverría im Zusammenhang mit den Massakern 1968 könnten der aktuellen mexikanischen Regierung die *möglichen politischen Kosten* der Durchsetzung ihres ursprünglichen Planes bewusst geworden sein. Denn das Festhalten an den Flughafen-Neubau-Plänen in Texcoco würde zu weiteren Todesopfern führen.

Andere Kommentatoren der Entscheidung, den Flughafen *nicht* in Texcoco zu bauen, betonen die juristischen Mängel der Enteignungsdekrete des Präsidenten und sprechen vom *strategischen Rückzug* der Regierung.

Vicente Fox wusste oder ahnte zumindest, so die Argumentation des juristischen Beraters der Ejido-Bauern von San Salvador Atenco, deren Land enteignet werden sollte, dass seine Regierung die juristischen Widerspruchsverfahren und Klagen der betroffenen Bauern *nicht* gewinnen würde. Denn das Enteignungsdekret verstieß, so der Jurist Ignacio Burgoa Orihuela, gegen den Artikel 115 der mexikanischen Verfassung, der vorschreibt, dass nur die mexikanischen *Gemeinden* über die Nutzung von Gemeindeland entscheiden dürfen. Die betroffenen Gemeinderäte und Bürgermeister waren jedoch *nicht* konsultiert bzw. in die Planung einbezogen worden. Stattdessen war die präsidentielle Enteignungsentscheidung, die insgesamt 4 550 Hektar betraf, autoritär „von oben“ erfolgt.

Das Bundesverfassungsgericht hätte nach Meinung mehrerer Verfassungsrechtler den betroffenen *ejidatarios*, die juristischen Widerspruch eingelegt hatten, Recht geben müssen. Fox hätte innerhalb von weniger als 2 Jahren zum 4. Mal eine verfassungsrechtliche Niederlage einstecken müssen. Und hinzu kam, dass verschiedene Bundes- und andere Behörden, den Klägern die Einsicht in wichtige Unterlagen verweigerten, trotz des – zumindest auf dem Papier bestehenden – Anspruchs auf Akteneinsicht.

Die Gegner der Zurücknahme der Bauentscheidung kommen aus dem Umfeld der potentiellen Profiteure des Flughafen-Baus: Grundbesitzer, deren Land enorm an Wert gewonnen hatte, Bauunternehmungen, die für den Bau der Infrastruktur einschließlich der Straßen, etc. vorgesehen waren und viele andere mehr. Aber sie kommen auch aus anderen Spektren, die das Nachgeben des Präsidenten als Ausdruck der *politischen Schwäche des Staates* interpretieren.

Die jetzt getroffene Entscheidung macht deutlich, dass die *Kombination verschiedener Kampfformen* in einem konkreten Kontext zum Erfolg führen konnte. Die Radikalität des Widerstandes eines Teils der Campesinos von San Salvador Atenco, wurde ergänzt durch den juristischen Kampf um Rechte, wie sie in der Verfassung verankert sind und autoritär verletzt worden waren.

Wie andere soziale und politische Bewegungen in Mexico von diesem Erfolg lernen und ihn für ihre Ziele und Forderungen nutzen können, werden die nächsten Monaten zeigen.